

# Übersichten

## Außenpolitik

**\*(1)  
China will sein verlorenes Ansehen in der westlichen Welt durch verstärkte diplomatische Aktivität in Afrika kompensieren**

In den fünfziger und sechziger Jahren haben die afrikanischen Staaten beim diplomatischen Durchbruch der VR China eine ausschlaggebende Rolle gespielt. China ließ sich damals von der stillen Überlegung "mehr Masse als Klasse" leiten - und hatte damit am Ende durchaus auch Erfolg.

Seit dem 4. Juni steht die Volksrepublik vor einem diplomatischen Scherbenhaufen und muß praktisch von vorne damit anfangen, wieder eine glaubhafte Außenpolitik aufzubauen. Gegenwärtig ist kein westlicher Staatsmann bereit, einem chinesischen Spitzenpolitiker die Hand zu reichen. Warum also nicht erneut nach dem Schema der sechziger Jahre vorgehen und wieder in Afrika diplomatisch offensiv werden!?

Überlegungen dieser Art haben wahrscheinlich eine Rolle bei der großen Afrikasafari Außenminister Qian Qichens gespielt, der vom 26. Juli bis 12. August 1989 eine 18tägige Reise nach Botswana, Zimbabwe, Angola, Zambia, Mozambique und Lesotho unternahm (XNA, 21.7.89). Parallel dazu startete der Staatssekretär im Außenministerium, Yang Fuchang, am 22. Juli zu Visiten in Senegal, Elfenbeinküste, Gambia, Sierra Leone und Ghana.

Ob dieser Isolationsausbruch via Afrika gelingt, ist nicht ganz sicher; denn die offiziell so häufig verkündete These von China als dem "Freund der Dritten Welt" und vor allem Afrikas ist durch die rassistischen Ausschreitungen gegen afrikanische Studenten auf dem Boden der VR China zweifelhaft geworden. Zuletzt hatte es bekanntlich im Dezember 1988 schwere Auseinan-

dersetzungen mit afrikanischen Studenten gegeben. Zwar waren die Schlägereien mit chinesischen Studenten schnell wieder beendet, doch bildeten diese Konflikte, wie die meisten Vertreter afrikanischer Staaten schon bald merkten, lediglich die Spitze eines Eisbergs. Allgemein herrschte damals eine unfreundliche Stimmung gegen Schwarze. Die meisten Afrikaner gelten in den Augen der Chinesen als halbwild, schmutzig, dumm und nicht zuletzt auch als potentielle Aids-Träger. Frauen, die sich mit ihnen einlassen, werden für geistig beschränkt gehalten, wenn sie nicht ohnehin schon von vornherein als Prostituierte gelten. Auch sind Chinesen und Afrikaner geradezu Antipoden verschiedener Verhaltenskulturen: Während die Chinesen von Kind auf zu strenger Kontrolle ihrer Emotionen, zu zurückhaltender Körpersprache und zu Berechenbarkeit im sozialen Umgang erzogen werden, liebt der Durchschnittsafrikaner Spontaneität, verabscheut steifes Benehmen und drückt seine Empfindungen gerne somatisch aus. Hinzu kommt auf chinesischer Seite noch ein ausgeprägtes Hautfarbenbewußtsein. Die Abneigung gegenüber den Afrikanern drückt sich in China häufig in unhöflichem Verhalten an den Schaltern von Büros, Postämtern oder Geschäften aus. Da die Afrikaner meistens aus gehobenen Schichten ihres Landes stammen, können sie sich mit solchen rassistischen Anfeindungen schwer abfinden und neigen ihrerseits zu Überreaktionen (ausführlich dazu C.a., Januar 1989, Ü 10). Es handelt sich bei den Zwischenfällen an den Universitäten also nicht nur um isolierte Einzelfälle, sondern um Entladungen eines seit langem aufgebauten Konfliktpotentials. Zahlreiche afrikanische Diplomaten drückten im Januar 1989 ihre Überzeugung aus, daß die afrikanisch-chinesischen Beziehungen inzwischen ernsthaft geschädigt seien.

Auch jetzt ist diese Haltung keineswegs vergessen: Rd. 40 Studenten aus Zaire blockierten z.B. am 24. Juli die Botschaft ihres Landes und forderten

Rückflugtickets, da sie nicht länger in China bleiben wollten (The Nation (Thailand), 25.7.89).

Immerhin fanden die chinesischen Besucher Verständnis für ihre Probleme: Ein Vertreter der ghanaischen Regierung beispielsweise erklärte am 7. Juli, daß Ghana "die gerechte Aktion der chinesischen Regierung gegen die jüngste konterrevolutionäre Rebellion in Beijing" verstehe (XNA, 9.7.89). Die Erklärung kam aus dem Munde des Vorsitzenden der ghanaischen Staatskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Zimbabwes Präsident Mugabe erklärte, daß Zimbabwe sich der "laufenden Anti-China-Kampagne der westlichen Staaten" nicht anschließen wolle (XNA, 4.8.89).

Der Präsident von Togo erklärte am 4. August, daß die jüngsten Zwischenfälle in China innere Angelegenheiten der Volksrepublik seien (XNA, 6.8.89).

In Tanzania hieß es lediglich, daß die "jüngsten Zwischenfälle in China die bestehenden Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht beeinträchtigen" (XNA, 4.8.89).

Anderen Staaten dagegen hat China eine Sympathieerklärung offenbar nicht entlocken können. Der Präsident von Botswana beispielsweise sprach zwar von "Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern", die sich in Zukunft weiterentwickeln möge, doch von Sympathie und Verständnis für die Aktion vom 4. Juni war nichts zu hören (XNA, 29.7.89). Dabei hätte China im Augenblick nichts nötiger als gerade dies. Um Verständnisbekundungen zu erhalten, macht es auch wirtschaftliche Zusagen (so z.B. bei der I. Tagung des Sino-Ghanaischen Handelskomitees am 22. Juli 1989 in Beijing (XNA, 23.7.89) und versichert die afrikanischen Gesprächspartner immer wieder seiner Unterstützung gegen Südafrika (XNA, 5.8.89).

Auch in Senegal gab es keine Zustimmung zu dem Massaker. Einverständnis war lediglich im Bereich einiger außenpolitischer Fragen zu erzielen, so z.B. im Hinblick auf Kambodscha (XNA, 27.7.89).

Am 31. Juli besuchte überdies eine chinesische Delegation unter Leitung des Stellvertretenden Ministers für Au-

Benhandlungsbeziehungen, Lu Xuejian, Zambia, also ein Land, in dem die Chinesen einst mit hohem Kostenaufwand die TanSam-Bahn als die Verbindung vom tansanischen Hafen Daressalam bis zu den Kupfergruben von Zambia gebaut hatte. Von Zambia konnte man ja nun doch wohl Sympathieerklärungen erhalten. Niemand von der zambischen Führung jedoch wollte sich offensichtlich positiv zu den Ereignissen vom 4. Juni äußern.

Am 24. Juli schickte Ministerpräsident Li Peng eine Botschaft an die OAU und sprach darin seine Glückwünsche zum 25. Gipfeltreffen aus. China und die afrikanischen Länder stünden zueinander in einem Verhältnis tiefer Sympathie und gegenseitigen Verständnisses und unterstützten einander. Die Kooperation habe bisher alle Stürme überstanden (XNA, 24.7.89). -we-

\*(2)

### Osteuropas eisernes Dreieck und China sind jetzt ein Herz und eine Seele

Ausgerechnet die reaktionärsten - weil partizipationsfeindlichsten - Regime im Ostblock, nämlich die DDR, die CSSR und Rumänien, haben sich der VR China nach dem 4. Juni mit besonderer Herzlichkeit angenähert.

Bei Rumänien ist dies nicht einmal besonders bemerkenswert; stand Bukarest zu Beijing doch immer schon in einem besonders innigen Verhältnis, das allerdings jahrzehntelang auf der Basis des gemeinsamen Antisowjetismus beruhte, das jedoch neuerdings noch zusätzliches Unterfutter bekommen hat, nämlich die brutale Unterdrückung der "Konterrevolution" durch die chinesischen Machthaber. In Rumänien hat man sich auf diese Kunst bekanntlich immer schon gut verstanden; die chinesischen Reformer dagegen brauchten zehn Jahre, um sich auf diese alten "Tugenden" zurückzubekommen.

Anfang Juli besuchte eine rumänische Parteidelegation unter der Leitung von Nicolai Constantin, dem Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission, die VR China. Ende Juli kam eine Delegation des rumänischen Innenministeriums nach China. Besonders interessiert zeigte sich der chinesische Sicherheitsminister Wang Fang an Gesprächen mit dem Vorsitzenden der rumänischen "Abteilung für Tech-

nik, Material und Ausrüstung der Polizeikräfte" (XNA, 27.7.89). Beide Seiten versicherten sich gegenseitige Unterstützung. Anfang August kam dann auch noch eine rumänische Armeedelegation unter der Leitung von Generalmajor Codrescu nach China und traf u.a. mit Generalstabschef Chi Haotian, einem der Verantwortlichen für das Massaker auf dem Tiananmen-Platz, zusammen (XNA, 8.8.89). Parteikontrollkommissar, Polizeiausrüstungspersonal des Innenministeriums und eine Armeedelegation: dies alles paßt gut zum Geist des 4. Juni und dürfte der chinesisch-rumänischen Freundschaft einen zusätzlichen delikaten Akzent geben!

Auch die CSSR beteiligte sich am Klinkenputzen. Vom 11. bis 15. Juli besuchte der Stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission der CSSR, Jaromir Zak, die Volksrepublik und bot technische Zusammenarbeit an. Li Peng teilte dem Besucher mit, daß "aufgrund gewisser Fehler in der Politik die Überlegenheit des Sozialismus (sic!) in China nicht voll zu ihrer Entfaltung gekommen" sei. Doch sollten die Reformen nicht nur fortgesetzt, sondern in einigen Bereichen sogar noch verstärkt werden (XNA, 15.7.89). Wie dies vor sich gehen soll, ist allerdings sein Geheimnis.

Immerhin scheint der tschechische Besucher mit Lob für die Unterdrückung der "Konterrevolution" verhältnismäßig sparsam umgegangen zu sein.

Dies ist ganz anders bei der DDR, deren Führung sich vor Begeisterung über die Politik des 4. Juni offensichtlich gar nicht beruhigen kann. Während ein Attaché der chinesischen Botschaft aus Ostberlin floh und in der Bundesrepublik am 24.5. um politisches Asyl nachsuchte und während zur gleichen Zeit Tausende von DDR-Bewohnern der Republik den Rücken zuekehrten, lobte das *Neue Deutschland* nicht nur die Zerschlagung der Dubcek-Reformen von 1968, sondern überdies auch die Niederwalzung der Studentendemonstrationen durch die "Volksmacht"! Die SED wolle sich auch in Zukunft von dem Grundsatz leiten lassen, daß jedes sozialistische Land den Sozialismus (sic!) entsprechend seinen Bedingungen aufbaue und jede Partei dafür gegenüber dem eigenen Volk die alleinige Verantwortung trage. Wenn - so der Bericht des SED-Politbüros an das VIII. ZK-Ple-

num - "bürgerliche Politiker und Ideologen die Vielfalt der sozialistischen Entwicklung zum Anlaß nehmen wollten, um einen Keil zwischen die sozialistischen Länder zu treiben", so werde sich diese Absicht nicht erfüllen (Fernsehen der DDR, 22.6.89, nach MD Asien, 23.6.89, S.5).

Kirchenkreise übten an dieser offiziellen Haltung heftige Kritik und warfen den Medien ein "ungeheuerliches Maß an bewußter Ignoranz" gegenüber den chinesischen Gewalttätern vor. Die DDR-Sicherheitsbehörden wiederum wußten nichts Besseres, als zu ihrem alten Mittel der Festnahme zu greifen. Etwas hilflos zeigten sie sich allerdings gegenüber dem "Trommelfasten", mit dem kirchliche Jugendgruppen der Opfer in China gedachten. Der Ostberliner Magistrat bezeichnete diese Aktion in der Ostberliner Erlöserkirche als "illegal" und verlangte die sofortige Beendigung. Der Ostberliner Bischof Forck wandte sich gegen die restriktive Informationspolitik der SED-Führung. U.a. registrierte er mit Empörung, daß in Schulen der DDR das blutige Geschehen in China zum Gegenstand von Abschlußprüfungen in den 10. Klassen gemacht worden sei (NZZ, 1.7.89).

Die konsequente Solidarisierung der SED mit der jetzigen Beijinger Führung dient offensichtlich dem Zweck, potentielle Demonstrationen im eigenen Lande abzuschrecken. Ganz auf dieser Linie dürfte auch der Nachdruck ganzer Leitartikel aus der *Renmin Ribao* liegen. Nicht ohne Genugtuung zitiert das *Neue Deutschland* auch die "Vier Grundprinzipien" des Festhaltens am sozialistischen Weg, an der volksdemokratischen Diktatur, am Marxismus-Leninismus sowie vor allem an der Führung durch die kommunistische Partei. Glaubt die Ostberliner Führung wirklich, Reformen im eigenen Land durch - vergleichbares - Festhalten an starren Positionen verhindern zu können!?

Die SED-Führung ist den Chinesen offensichtlich dankbar für das neue Verhalten, das nach den Jahren verwirrender Reformpolitik als höchst erleichternd empfunden wird.

Umgekehrt zeigt sich aber auch China der DDR gegenüber dankbar. Dies wenigstens brachte der neue Generalsekretär des ZK der KPCh, Jiang Zemin, gegenüber dem DDR-Politbüromitglied Günther Schabowski zum

Ausdruck. Die SED habe sich der KPCh-Politik gegenüber höchst solidarisches Verhalten. In einer Zeit der Prüfung erkenne man seine wahren Freunde, sagte Jiang (XNA, 15.7.89).

Schon wenige Tage nach dem Massaker von Beijing war am 10.5. ein Partnerschaftsvertrag zwischen der Provinz Guangdong und dem Bezirk Dresden abgeschlossen worden - der erste Vertrag dieser Art zwischen China und der DDR.

Am nächsten Tag, am 11. Juni, gab die Volkskammer eine Erklärung ab, in der sie die chinesische Rechtfertigungspropaganda wortwörtlich übernahm (XNA, 12.6.89).

Am 24. Juni gratulierte SED-Generalsekretär Erich Honecker seinem neuen Amtskollegen Jiang Zemin zur Wahl (XNA, 27.6.89), und am 22. Juni kam eine SED-Delegation nach Beijing. Ihr Leiter, Politbüromitglied Joachim Herrmann, führte hierbei aus, daß die friedlichen Studentendemonstrationen von gewissen Elementen zu einer "konterrevolutionären Rebellion ausgenutzt" worden seien. Die SED lege auf Freundschaft mit China größten Wert und wolle mit der Volksrepublik eng zusammenarbeiten. Auch zwischen den beiden Kommunistischen Parteien soll es eine intensive Kooperation geben (XNA, 24.6.89).

Am 6. Juli wurde die 5. Sitzung des Komitees für wirtschaftliche, kommerzielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen China und der DDR in Beijing eröffnet. Partner bei den dreitägigen Gesprächen war der DDR-Minister für chemische Industrie, Wyschofsky. Vereinbart wurde der Ausbau des Außenhandels, eine engere Zusammenarbeit bei der Produktion und Kooperationsprojekte in der Energiewirtschaft, in der chemischen Industrie, beim Maschinenbau, in der Metallurgie und im Transportwesen.

Am 6. Juli wurde beim 16. Treffen der Ständigen Kommission Chinas und der DDR für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ein Protokoll über verstärkte Zusammenarbeit in Schlüsseltechnologien unterzeichnet (ADN nach SWB, 11.7.89).

Vom 17. bis 23. Juli veranstaltete die Shanghaier Fernsehgesellschaft anlässlich des 40. Gründungstages der DDR eine DDR-Fernsehwoche. Als größte

lokale Fernsehanstalt Chinas erreicht TV Shanghai rd. 100 Millionen Fernsehteilnehmer.

Zu diesem Anlaß gaben der Philatelistenverein der Shanghaier Fernsehanstalt und die Shanghaier Philateliegesellschaft gemeinsam eine Gedenkbriefmarke heraus (XNA, 9.7.89).

Am 12.7. empfing der Stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin den Leiter des Staatlichen Preisamts der DDR, Walter Halbritter. Yao informierte seinen Gast über die schnelle Beseitigung der Folgen des "antisozialistischen Aufruhrs" und die vollständige Wiederherstellung der Normalität. Außerdem würdigte er die große Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen China und der DDR.

Beim Empfang Wyschofskys durch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tian Jiyun am 7. Juli in Zhongnanhai, dem Sitz der Regierung, hielt Tian eine kurze Rede, die bezeichnend ist für den derzeitigen Standpunkt der chinesischen Regierung: Die Politik und die Richtlinien, wie sie seit dem 3. Plenum des XI. ZK (Dezember 1978) festgelegt worden seien, würden nicht nur beibehalten, sondern noch konsequenter in die Tat umgesetzt. China verfolge eine Reform- und Öffnungspolitik auf der Grundlage des sozialistischen Systems, das auf diese Weise vervollkommen werden solle. Seit 100 Jahren habe es immer wieder feindliche Versuche gegeben, China auf den kapitalistischen Weg zu drängen; bisher sei dies niemandem gelungen und auch in Zukunft werde es kein solches Gelingen geben. Der "Putsch von Beijing" gehöre mit zu den vielen erfolglosen Anläufen in dieser Richtung. Nachdem der "konterrevolutionäre Putsch" niedergeworfen worden sei, hätten "einige westliche Länder verschiedenartige Sanktionen gegen China verhängt". Diese Handlungsweise sei unvernünftig und kurzfristig. China habe einen großen Markt, der für jedes Land langfristig interessant sei. Man möge mit China kooperieren, nicht aber Druckmittel auf seine Wirtschaft anwenden. Sanktionen, die sich derzeit als höchst ungünstig erwiesen, könnten auf die Dauer nicht durchgehalten werden, weil die zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens beruheten (XNA, 8.7.89).

Immerhin muß man den DDR-Besuchern zugute halten, daß sie nicht auch noch in die Angriffe gegen den früheren Generalsekretär Zhao Ziyang miteinstimmen. Noch am 5. April 1989 war ja Politbüromitglied Hermann Axen von Zhao Ziyang in Beijing empfangen worden und hatte mit diesem eine lange herzliche Aussprache gehabt.

Was das Verhältnis Chinas zu den anderen osteuropäischen Ländern angeht, so seien hier nur zwei Kostproben wiedergegeben:

- Am 14. Juli sprach der NVK der ungarischen Botschaft in Beijing tiefempfundenes Beileid über den Tod von Janos Kadar aus (XNA, 15.7.89) - also jenem Parteipolitiker, der maßgeblich an der Niederschlagung des Ungarnaufstands von 1956 beteiligt gewesen war.

- Am 10. Juli äußerte sich Xinhua besorgt über die Unruhen in Polen und erinnerte an das Kriegsrecht, das zwischen 1981 und 1983 über das Land verhängt worden war. Für Jaruzelski und seine Maßnahmen hatten die Chinesen schon immer großes Verständnis. Man wird abwarten müssen, wie sie sich mit einer neuen, von der "Solidarität" geführten Regierung abfinden. -we-

\*(3)

**Beijings Ärger mit Grenada, das inzwischen diplomatische Beziehungen mit Taipei aufgenommen hat**

In Fortsetzung der Reformpolitik des verstorbenen Staatspräsidenten Jiang Jinguo hat die Regierung in Taipei in der Zwischenzeit beschlossen, eine "elastische Außenpolitik" zu betreiben und ihre alte, der früheren deutschen Hallstein-Doktrin ähnelnde Politik aufzugeben, zu keinem Staat diplomatische Beziehungen zu unterhalten, der auch mit Beijing offizielle Kontakte aufgenommen hat. Diese "Doktrin" ist selbstverständlich auch von Beijing verfolgt worden, wobei dieses allerdings den Vorteil hatte, fast immer auf dem Vormarsch zu sein, während sich Taipei diplomatisch seit 1971, d.h. seit dem Beitritt der Volksrepublik zur UNO, fast ständig im Rückzug befunden hat. Die Regierung in Taipei hat inzwischen zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie sich mit dieser starren Haltung ins eigene Fleisch geschnitten hat. Während Taiwan wirtschaftlich Triumphe feierte, schrumpfte sein politischer Einfluß von Jahr zu Jahr.

Hiermit soll nun Schluß sein - zumindest soweit es von Taipei abhängt. Die Regierung hat beschlossen, fortan ein Auge zuzudrücken und sich nicht mehr daran zu stoßen, daß ein Land zugleich auch diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhält. Damit freilich würde - zumindest wenn man der Logik diplomatischer Anerkennungen folgt - die Zwei-China-Theorie oder aber die Aufteilung des Landes in "Ein China, ein Taiwan" Wirklichkeit. Dies wiederum impliziert, daß Taipei inzwischen seinen Anspruch, nämlich in Form der "Republik China" das ganze China zu repräsentieren, aufgegeben hat: eine Verhaltensweise, die den faktischen Gegebenheiten durchaus entspricht und die nur durch doktrinäres Festhalten an überholten Positionen bisher verhindert worden ist.

Nun aber hat man sich in Taipei, wie gesagt, zu einer neuen elastischen Außenpolitik entschlossen und bereits das erste Exempel statuiert, und zwar in Kooperation mit dem kleinen südamerikanischen Staat Grenada. Taipei macht in diesem Zusammenhang der Regierung von Grenada verlockende wirtschaftliche Angebote - eine Verhaltensweise, die ebenfalls realistisch ist, da Taiwan in der Zwischenzeit ja über beachtliche Wirtschaftskraft verfügt und geradezu töricht sein müßte, wenn es von dem hier ruhenden Potential nicht auch für politische Zwecke Gebrauch machte.

Die Regierung von Grenada zog mit und kündigte am 19. Juli 1989 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Republik China an, obwohl dieselbe Regierung 1985 noch bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China erklärt hatte, daß sie von der Prämisse einer einzigen chinesischen Regierung ausgehe und daß Taiwan ein untrennbarer Bestandteil der Volksrepublik China sei.

Beijing reagierte scharf - und zwar in zweifacher Form:

- Am 31. Juli 1989 erschien in der *Renmin Ribao* ein Artikel, in dem die "doppelte Anerkennung" verurteilt wird: In jüngster Zeit hätten die "elastische Diplomatie" und die "doppelte Anerkennung" in Taiwan viel von sich reden gemacht. Einige Persönlichkeiten Taiwans hätten unverblümt verkündet, offizielle Beziehungen mit noch vielen anderen Ländern aufnehmen zu wollen, die bereits Beziehun-

gen zu Beijing unterhalten. Die "Taiwan-Behörden" versuchten, sich mit solchen Methoden aus ihrer Isolierung zu befreien. Ihr Ziel bestehe darin, "zwei China" oder aber "ein China, ein Taiwan" zu schaffen. Diese "doppelte Anerkennung" sei ein Trick der "elastischen Diplomatie". Obwohl die "Taiwan-Behörden" in der Vergangenheit immer wieder erklärt hätten, am Prinzip der Einheit Chinas festhalten zu wollen, scheuten sie sich inzwischen nicht mehr, die Belange der Nation zu opfern, um ihr Überleben zu sichern. Sie setzten dabei ihr Vertrauen auf die wirtschaftliche Kraft und versuchten, diese als Lockmittel für ihre unlauteren Absichten einzusetzen. Die Aktion der "Taiwan-Behörden" riefen jedoch den entschiedenen Widerstand aller Chinesen im In- und Ausland hervor. Jeder Versuch, China zu spalten, sei zum Scheitern verurteilt. Beijing habe nichts einzuwenden gegen nichtstaatliche Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Taiwan und solchen Ländern, die bereits diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik unterhalten. Es wende sich jedoch entschieden dagegen, daß die "Taiwan-Behörden" offizielle und diplomatische Beziehungen mit diesen Ländern herstellten.

- Am 7. August folgte dann der zweite Schritt: Das Außenministerium in Beijing erklärte, daß es die diplomatischen Beziehungen zu Grenada abbreche. Normalerweise wird für einen solchen "Abbruch" der Ausdruck "duanjue" verwendet. Beijing benutzte jedoch den Terminus "zhongzhi". Rein philologisch läuft der Ausdruck zwar auf dasselbe hinaus. "Zhong" heißt soviel wie Ende, endlich, schließlich, ganz, aber auch Tod und sterben; "zhi" aufhalten, einhalten, aufhören, stehenbleiben, festhalten usw. Warum aber hat Beijing nicht den Standardausdruck verwendet? Meint es am Ende vielleicht doch nur eine "Suspendierung" statt eines völligen Abbruchs?

Beijing mußte scharf reagieren, da es davon ausgehen kann, daß Taipei seine Wirtschaftskraft künftig in der Tat dazu einsetzen wird, noch weitere kleinere Länder auf seine Seite zu ziehen. Nachdem Beijings moralische Kraft dahin ist, dürfte es vielen Ländern attraktiver erscheinen, mit dem wohlhabenden "kleinen China" Beziehungen zu unterhalten als mit dem armen großen. -we-

\*(4)

**Nicaraguas Botschafter bringt "Verständnis" für das Massaker auf**

Bei einem Zusammentreffen mit Ministerpräsident Li Peng erklärte der scheidende nicaraguanische Botschafter Alfredo Alaniz Downing am 15. Juli 1989, daß die Regierung von Nicaragua Verständnis aufbringe für die resoluten Maßnahmen, die die chinesische Regierung ergriffen habe, um den konterrevolutionären Putsch niederzuschlagen. Es handele sich dabei ausschließlich um eine innere Angelegenheit Chinas. Die Regierung von Nicaragua verurteile die Einmischung ausländischer Staaten in die inneren Angelegenheiten Chinas. (RMRB, 16.7.89) -sch-

\*(5)

**Diplomaten wurden auf neuen Kurs eingeschworen**

Anfang Juli 1989 fand in Beijing eine Konferenz von chinesischen Diplomaten zu den Ereignissen Anfang Juni statt. Das einwöchige Treffen war das größte seiner Art seit dem Höhepunkt der Kulturrevolution im Jahre 1968. Die Diplomaten wurden ausführlich über die offizielle Version der Ereignisse Anfang Juni unterrichtet. Außerdem erhielten die Diplomaten Instruktionen, wie sie sich gegenüber ausländischer Kritik an dem Massaker in Beijing verhalten sollten. Um das Überlaufen weiterer chinesischer Diplomaten zu verhindern, sollen die Botschafter und Konsulatschefs aufgefordert worden sein, die internen Sicherheitsmaßnahmen in ihren Missionen zu erhöhen. Wahrscheinlich wurden auf der Konferenz auch neue Richtlinien ausgegeben über die Behandlung chinesischer Auslandsstudenten, die sich an Protestaktionen gegen das Massaker in Beijing beteiligt hatten. Die Bedeutung der Diplomaten-Konferenz war auch daran erkennbar, daß der neue ZK-Generalsekretär Jiang Zemin vor diesem Forum eine Rede hielt, in der er zwar die Fortsetzung der Politik der Öffnung und der Reformen bestätigte, gleichzeitig aber eine Kampagne gegen "geistige Verschmutzung" und "bürgerliche Liberalisierung" aus dem Westen ankündigte. Jiang Zemin forderte, daß "bei der Ausgestaltung der diplomatischen Beziehungen die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Politik gelenkt wer-

den s  
sondt  
Prinz  
(Nac)  
Am  
mer  
akkre  
ten m  
für Ji  
sident  
klärte  
chines  
"konte  
zuverl  
rung  
ten, d  
für ih  
nen u  
Reche  
China  
fluß  
stünde  
nicht  
erklärt  
sie [di  
ten] na  
um de  
Genera  
daß m  
Politik  
der ve  
des Pe  
des Fe  
prinzipi  
se ene  
wies z  
nungsp  
standte  
Kurses  
tig Wac  
ternatio  
Arbeit  
es zu v  
westlich  
zutageg  
geholfen  
besätigt  
\*(6)  
Li Peng  
Staaten"  
Minister  
einem  
scheidet  
schafter  
15. Juli  
Länder"  
na nicht  
sondern  
atischen  
konterrev  
"Wahrheit  
China j

den sollte, nicht nur auf Freundschaft, sondern auch auf Kampf, nicht nur auf Prinzipien, sondern auch auf Taktik". (Nach FEER, 27.6.89, S.11)

Am 12. Juli 1989 kamen die Teilnehmer der 7. Tagung der im Ausland akkreditierten chinesischen Diplomaten mit dem neuen ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und mit Ministerpräsident Li Peng zusammen. Dabei erklärte Li Peng, daß sich die meisten chinesischen Diplomaten während des "konterrevolutionären Putsches" als zuverlässig erwiesen hätten. Die Führung werde die chinesischen Studenten, die im Ausland studierten, nicht für ihre Teilnahme an Demonstrationen und für ihre radikalen Worte zur Rechenschaft ziehen, weil sie weit von China entfernt lebten, unter dem Einfluß der westlichen Massenmedien stünden und den wahren Sachverhalt nicht durchschauen hätten können. Li erklärte, daß "wir es begrüßen, wenn sie [die chinesischen Auslandsstudenten] nach dem Studium zurückkehren, um dem Vaterland zu dienen". ZK-Generalsekretär Jiang Zemin forderte, daß man im diplomatischen Bereich Politik und Wirtschaft gut miteinander verbinden müsse. Die Erziehung des Personals im Ausland im Sinne des Festhaltens an den Vier Grundprinzipien und des Patriotismus müsse energisch verstärkt werden. Jiang wies zwar darauf hin, daß die Öffnungspolitik unverzichtbarer Bestandteil des seit 1978 eingeschlagenen Kurses sei, doch er forderte gleichzeitig Wachsamkeit im "komplizierten internationalen politischen Kampf". Die Arbeit der Auslandspropaganda gelte es zu verstärken, damit die durch die westlichen Medien "entstellten" Fakten zutagegebracht und den Ausländern geholfen werde, Mißverständnisse zu beseitigen. (BRu, 30/1989, S.4) -sch-

**\*(6)  
Li Peng kritisiert "gewisse westliche Staaten"**

Ministerpräsident Li Peng erklärte bei einem Zusammentreffen mit dem scheidenden nicaraguanischen Botschafter Alfredo Alaniz Downing am 15. Juli 1989, daß "gewisse westliche Länder" darauf hofften, daß sich China nicht nur reformiere und öffne, sondern sich auch zu einem kapitalistischen Land entwickeln werde. Der konterrevolutionäre Putsch habe diese "Wahrheit" ans Licht gebracht. Wenn China jedoch den kapitalistischen

Weg einschlage, dann werde es unweigerlich zu einem Vasallen der entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens degenerieren, warnte Li Peng. (RMRB, 16.7.89)

In einem Gespräch mit dem stellvertretenden tschechoslowakischen Ministerpräsidenten und Planungschef am gleichen Tag erklärte Li Peng, daß "wir unser Volk ermahnen, wachsam zu sein gegenüber Versuchen gewisser westlicher Staaten, in China eine friedliche Evolution vom Sozialismus zum Kapitalismus herbeizuführen" (ebenda). -sch-

## Innenpolitik

**\*(7)  
Ausnahmestand bleibt in Kraft**

Der Ausnahmestand in einigen Teilen Beijings soll solange aufrechterhalten werden, bis sich die Lage in der chinesischen Hauptstadt ganz und gar stabilisiert habe, erklärte der Sprecher des Staatsrats, Yuan Mu, auf einer Pressekonferenz am 11. Juli 1989. Auch wenn die Führung einen entscheidenden Sieg über den "konterrevolutionären Putsch" erkämpft habe, sei der Kampf noch nicht zu Ende. Yuan Mu bestätigte außerdem, daß der Fall Zhao Ziyang mit seiner Degradierung zum einfachen Parteimitglied noch nicht abgeschlossen ist und daß nach wie vor eine Untersuchung gegen ihn läuft. Yuan Mu: "Ob er weiter bestraft wird oder nicht, das hängt von dem Ergebnis der Untersuchung ab." (BRu, 30/1989, S.5)

Yuan Mu erhob gegen Zhao Ziyang nicht nur den Vorwurf, die Studentenbewegung unterstützt und die Partei gespalten zu haben, sondern er machte ihn auch verantwortlich für die weit verbreitete Korruption unter den Partei- und Regierungskadern: "Unser Ex-Generalsekretär Zhao Ziyang muß auch die Verantwortung für dieses schlimme Problem tragen." (ebenda) -sch-

**\*(8)  
ZK-Organ veröffentlicht Stellungnahmen von Deng gegen "bürgerliche Liberalisierung"**

Am 24. Juni 1989 veröffentlichte das ZK-Organ *Volkszeitung* auf der Seite 1 als Aufmacher eine Auswahl von Statements von Deng Xiaoping über

das Festhalten an den Vier Grundprinzipien und über den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung. Die Ausführungen Dengs reichen zurück bis zum 30. März 1979, als er zum erstenmal die Vier Grundprinzipien als den politischen Handlungsrahmen der Nach-Mao-Ära verkündete:

- Festhalten am sozialistischen Weg
- Festhalten an der Diktatur des Proletariats
- Festhalten an der Führung durch die Kommunistische Partei
- Festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen.

In den von der *Volkszeitung* abgedruckten Ausführungen betont Deng vor allem die Notwendigkeit einer stabilen politischen Lage, die nur unter der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas zu erreichen sei. Deng warnt vor dem Chaos, das unweigerlich dann eintreten werde, wenn sich China zu einem kapitalistischen und demokratischen System westlicher Prägung entwickeln würde. Die spezifischen Probleme Chinas seien nur mit Hilfe des sozialistischen Systems lösbar, und dies wiederum erfordere die Führung durch die Kommunistische Partei. (RMRB, 24.6.89) -sch-

**\*(9)  
Verhaftungen und Hinrichtungen**

Nach Angaben von amnesty international sind allein in den ersten zwei Wochen nach dem Massaker vom 4. Juni 1989 mehr als 2.500 offiziell bestätigte Verhaftungen vorgenommen worden. Ebenfalls in Berufung auf offizielle chinesische Angaben teilte amnesty international mit, daß zwischen dem 21. und 24. Juni 1989 33 Personen hingerichtet wurden. Den meisten der zum Tode Verurteilten sei eine "ernsthafte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" vorgeworfen worden. Die Berufungsmöglichkeiten gegen die verhängten Todesurteile seien in "eklatanter Weise eingeschränkt" gewesen, und einige Hinrichtungen hätten noch am Tag der Urteilsverkündung stattgefunden (ai-Flugblatt, o.O., o.J.). Mehrere Tausend Menschen sollen allein in Beijing nach der Niederschlagung des Studentenprotestes verhaftet worden sein. Dies ist eine Schätzung eines Mitarbeiters im Justizwesen, die die Zeitschrift *Asiaweek* veröffentlichte (AW, 28.7.89, S.24). Es folgen einige Beispiele aus ganz China:

- Am 9. oder 10. Juni 1989 wurde in Beijing der 26jährige Li Weiguo festgenommen. Neben seiner Tätigkeit als